

Verkehr – Verschiebung der Lkw-Maut beschert dem Land enormen Einnahmeverlust. B 28-Umgehung betroffen

# Straßenbau kommt nicht voran

VON SABINE DREHER

**STUTTGART.** Zahlreiche Straßenverkehrsprojekte, die Baden-Württemberg im Jahr 2004 angehen will, stehen immer noch auf wackeligem Grund. Davon ist auch die geplante Ausschreibung der Ortsumgehung Rottenburg-Ergenzingen auf der B 28 betroffen. Denn der verschobene Start der Lkw-Mautgebühr beschert dem Land einen Einnahmeverlust von etwa 200 Millionen Euro pro Jahr, schätzt Landesverkehrsminister Ulrich Müller. »Wir sind in einem Gewitter, das wissen wir. Aber wir wissen nicht, wo der Blitz einschlägt«, brachte der CDU-Politiker am Freitag den Stand der Planungen auf den Punkt.

Bereits in diesem Jahr habe das Land mit 160 Millionen Euro nur knapp die Hälfte der Mittel vom Bund erhalten, die ihm laut Bundesverkehrswegeplan für den Straßen-Neubau eigentlich zugestanden hätten, sagte Müller. »Damit haben wir nur laufende Baustellen bedienen können.« Neue Projekte mussten vorerst auf Eis gelegt werden.

Auch für 2004 ist die finanzielle Prognose noch ungewiss. Nach Gesprächen mit Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) im September sei man von Bundes-Zuschüssen für den Straßenbau in Höhe von 200 Millionen Euro ausgegangen, sagte Müller. Das sei aber noch

vor dem Maut-Desaster gewesen. Inzwischen habe der Bund die Zusagen wieder zurück genommen. Neue Gespräche werde es erst im Februar geben.

**»Wir wissen nicht, wo der Blitz einschlägt«**

Angesichts der unsicheren Lage hat die Landesregierung die Ausschreibung neuer Straßenbau-Projekte erst einmal gestoppt. Davon betroffen sind unter anderem die Ortsumgehung Rottenburg-Ergenzingen auf der B 28 und die Karlsruher Nordtangente, die eigentlich Mitte Januar 2004 an der Reihe gewesen wären. Auch die Ausschreibung mehrerer Teilstücke der A 6 Heilbronn-Mannheim und auf der A 8 Stuttgart-Karlsruhe, die für den 15. Dezember vorgesehen war, wurde verschoben.

Gegen das Maut-Konzept an sich hatte Müller zwar nichts einzuwenden. Deutschland hätte eine wichtige internationale Vorreiterrolle einnehmen können – wenn denn alles funktioniert hätte. Inzwischen spreche sich sogar die EU-Kommission für ein europäischen Mautsystem aus. »Das System als solches ist

gut gedacht, aber schlecht gemacht.«

Harte Worte fand der CDU-Politiker aber für die Bundesregierung. Ganz falsch sei es gewesen, in Hoffnung auf baldige Maut-Einnahmen die entscheidenden Mittel für Verkehrsinfrastruktur im Haushalt schon vorab zu kürzen. Dies sei allerdings nur die halbe Wahrheit, sagte Boris Palmer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, auf Anfrage des GEA. Denn jene Mittel stammten aus den Erlösen der UMTS-Versteigerung und seien ohnehin nur bis Ende 2003 vorgesehen gewesen.

**»Das Maut-System ist gut gedacht, aber schlecht gemacht«**

Für die Suche nach alternativen Geldmitteln mahnte der Landesverkehrsminister Müller zur Vorsicht. Die Pläne der Bundesregierung, die Maut-Ausfälle über eine »Gesellschaft zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur« zu kompensieren führten zu einer »Schattenverschuldung«. Auch eine Wiedereinführung der Lkw-Vignette lehnte Müller ab. »Das versperrt uns endgültig den Weg in eine elektronische Lösung.« (GEA)